



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Stellungnahme Nr. 06/2018

Januar 2018

Registernummer: 25412265365-88

Zur öffentlichen Konsultation zu einer möglichen Maßnahme der EU zur Bewältigung der Herausforderungen des Zugangs zum Sozialschutz für Menschen in allen Beschäftigungsformen im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte

Mitglieder des Ausschusses Europa

Rechtsanwalt und Notar a.D. Kay-Thomas Pohl, Vorsitzender

Rechtsanwalt Dr. Martin Abend, LL.M.

Rechtsanwalt Dr. Hans-Joachim Fritz

Rechtsanwältin Dr. Margarete Gräfin von Galen

Rechtsanwalt Andreas Max Haak

Rechtsanwalt Dr. Frank J. Hospach

Rechtsanwalt Guido Imfeld

Rechtsanwalt Dr. Georg Jaeger, Berichterstatter

Rechtsanwalt Dr. Stefan Kirsch

Rechtsanwalt Dr. Christian Lemke

Rechtsanwalt Andreas von Máriássy

Rechtsanwalt Dr. Jürgen Martens

Rechtsanwältin Dr. Kerstin Niethammer-Jürgens

Rechtsanwalt Dr. Hans-Michael Pott

Rechtsanwalt Jan K. Schäfer

Rechtsanwalt Dr. Thomas Westphal

Rechtsanwältin Dr. Heike Lörcher, Bundesrechtsanwaltskammer

Rechtsanwältin Hanna Petersen, Bundesrechtsanwaltskammer

Rechtsanwältin Doreen Barca-Cysique, Bundesrechtsanwaltskammer

Rechtsanwältin Katrin Grünewald, Bundesrechtsanwaltskammer

Verteiler: **Europa**

Europäische Kommission

Europäisches Parlament

Ständige Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland bei der EU

Justizreferenten der Landesvertretungen

Europäische Bürgerbeauftragte

Deutschland

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Bundesrechtsanwaltskammer

The German Federal Bar
Barreau Fédéral Allemand
www.brak.de

Büro Berlin – Hans Litten Haus

Littenstraße 9 Tel. +49.30.28 49 39 - 0
10179 Berlin Fax +49.30.28 49 39 - 11
Deutschland Mail zentrale@brak.de

Büro Brüssel

Avenue des Nerviens 85/9 Tel. +32.2.743 86 46
1040 Brüssel Fax +32.2.743 86 56
Belgien Mail brak.bxl@brak.eu

Deutscher Richterbund
Deutscher Notarverein
Bundesnotarkammer
Deutscher Anwaltverein
Bundessteuerberaterkammer
Patentanwaltskammer
Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Bundesverband der Deutschen Industrie
Bundesingenieurkammer
Bundesarchitektenkammer

Die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) ist die Dachorganisation der anwaltlichen Selbstverwaltung in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Rechtsanwaltskammern und damit der gesamten Anwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland mit etwa 164.500 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gegenüber Behörden, Gerichten und Organisationen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Die Bundesrechtsanwaltskammer bedankt sich für die Möglichkeit, an der öffentlichen Konsultation zu einer möglichen Maßnahme der EU zur Bewältigung der Herausforderungen des Zugangs zum Sozialschutz für Menschen in allen Beschäftigungsformen im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte teilnehmen zu können. Auf den Fragebogen der Konsultation antwortet sie wie folgt:

Öffentliche Konsultation zu einer möglichen Maßnahme der EU zur Bewältigung der Herausforderungen des Zugangs zum Sozialschutz für Menschen in allen Beschäftigungsformen im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

I. Angaben zur Identität

Diese Fragen werden von uns beantwortet.

II. Fragebogen

Erwerbstätigen sämtlicher Beschäftigungsformen Zugang zum Sozialschutz und zu den entsprechenden Leistungen der Arbeitsverwaltung zu gewähren, ist nicht nur für die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Arbeitskräfte entscheidend, sondern auch für gut funktionierende Arbeitsmärkte, die hochwertige Arbeitsplätze schaffen und das nachhaltige Wirtschaftswachstum ankurbeln. Dennoch gibt es Gruppen von Beschäftigten, die keinen ausreichenden Zugang zum Sozialschutz und zu entsprechenden Leistungen der Arbeitsverwaltung erhalten. Die Kommission benennt und erläutert im Hintergrundpapier die wesentlichen Herausforderungen.

Den Teilnehmern der Konsultation wird empfohlen, dieses Hintergrundpapier vor dem Ausfüllen des Fragebogens zu lesen.

- 1. Im Hintergrundpapier werden einige Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Sozialschutz und entsprechenden Leistungen der Arbeitsverwaltung benannt. Stimmen Sie zu, dass die im Hintergrundpapier benannten Herausforderungen bestehen?**

	Ich stimme zu	Ich stimme eher zu	Ich stimme eher nicht zu	Ich stimme nicht zu	Ich weiß nicht
Lücken bei der formellen Absicherung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Lücken bei der tatsächlichen Absicherung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unzureichende Übertragbarkeit von Rechten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unzureichende Transparenz der Rechte und	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Komplexität der Rechtsvorschriften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es bestehen andere Herausforderungen beim Zugang zum Sozialschutz und zu Leistungen der Arbeitsverwaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte angeben:

höchstens 200 Zeichen

Hinsichtlich der formellen u. tatsächlichen Hindernisse der Aufnahme in die Sozialschutzsysteme für Erwerbstätige in atypischen Beschäftigungsverhältnissen ist den Ausführungen im Hintergrundpapier auch in Bezug auf die Rechtslage in Deutschland zuzustimmen. Was die Kritik einer unzureichenden Übertragbarkeit von erworbenen Ansprüchen in den Systemen des Sozialschutzes anbetrifft, so trifft dies nicht in der geschilderten Form zu. Vielmehr bleiben erworbene Ansprüche in den Sozialsystemen grundsätzlich bei einem Wechsel der Beschäftigung erhalten u. können häufig auch übertragen werden z.B. bei einer betrieblichen Altersversorgung in Form von Direktversicherungen, welche nach Erfüllung der 5-jährigen Frist für die Unverfallbarkeit bei Ausscheiden des Mitarbeiters übertragen werden können.

2. Der Sozialschutz umfasst verschiedene Geld- und Sachleistungen, die von Leistungen bei Arbeitslosigkeit bis hin zu Leistungen bei Pflegebedürftigkeit reichen. Die Leistungen der Arbeitsverwaltung sind mit einigen dieser Leistungen verbunden. Welche (nachstehend aufgeführten) Bereiche des Sozialschutzes und der Leistungen der Arbeitsverwaltung sind Ihrer Meinung nach relevant für eine mögliche EU-Initiative zur Förderung des Zugangs?

2.1 für Arbeitnehmer in atypischen Beschäftigungsverhältnissen? (Bitte wählen Sie höchstens 3 Punkte aus der Liste aus)

Sozialschutz:

	Hohe Relevanz	Mittlere Relevanz	Geringe Relevanz	Keine Relevanz	Ich weiß nicht
Leistungen bei Arbeitslosigkeit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Krankheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen im Alter	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Invalidität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen an Hinterbliebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Mutterschaft und gleichgestellte Leistungen bei Vaterschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Familienleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheitsleistungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.1 für Arbeitnehmer in atypischen Beschäftigungsformen?

Leistungen der Arbeitsverwaltung:

	Hohe Relevanz	Mittlere Relevanz	Geringe Relevanz	Keine Relevanz	Ich weiß nicht
Orientierung, Beratung und Vermittlung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Weiterbildung und Aktualisierung der Fähigkeiten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rehabilitations- und Wiedereingliederungsmaßnahmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.2 für Selbständige? (Bitte wählen Sie höchstens 3 Punkte aus der Liste aus)

Sozialschutz:

	Hohe Relevanz	Mittlere Relevanz	Geringe Relevanz	Keine Relevanz	Ich weiß nicht
Leistungen bei Arbeitslosigkeit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Krankheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen im Alter	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Invalidität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen an Hinterbliebene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Mutterschaft und gleichgestellte Leistungen bei Vaterschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Familienleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheitsleistungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.2 für Selbständige?

Leistungen der Arbeitsverwaltung:

	Hohe Relevanz	Mittlere Relevanz	Geringe Relevanz	Keine Relevanz	Ich weiß nicht
Orientierung, Beratung und Vermittlung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Weiterbildung und Aktualisierung der Fähigkeiten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rehabilitations- und Wiedereingliederungsmaßnahmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Durch die Förderung von gemeinsamen Grundsätzen könnte für alle Menschen – unabhängig von ihrer Beschäftigungsform – der Zugang zum Sozialschutz und zu Leistungen der Arbeitsverwaltung verbessert und auf diese Weise die soziale Aufwärtskonvergenz gestärkt werden. Sind Sie der Meinung, dass die nachstehend aufgeführten allgemeinen politischen Grundsätze im Rahmen einer möglichen Initiative der EU verfolgt werden sollten?

	Ich stimme zu	Ich stimme eher zu	Ich stimme eher nicht zu	Ich stimme nicht zu	Ich weiß nicht
Unabhängig von Art und Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses sollten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unter vergleichbaren Bedingungen Selbständige das Recht auf angemessenen Sozialschutz haben.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ansprüche sollten an die arbeitenden Personen (und nicht an den Vertrag) gebunden und übertragbar sein.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ansprüche und diesbezügliche Informationen sollten transparenter gemacht werden.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verwaltungsanforderungen sollten vereinfacht werden.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Keine Maßnahme erforderlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Für Erwerbstätige in atypischen Beschäftigungsformen und Selbständige bestehen Lücken bei der formellen Absicherung im Rahmen des Sozialschutzes. Zudem wird ihre tatsächliche Absicherung durch die Anspruchsvoraussetzungen, niedrige Leistungsniveaus, die Komplexität der Rechtsvorschriften und die Gefahr der Unterversicherung eingeschränkt. Maßnahmen zur Behebung von Lücken beim Zugang zum Sozialschutz können auf EU-, nationaler und regionaler Ebene getroffen werden.

4.1 Welche Lösungsansätze sind Ihrer Meinung nach am besten dafür geeignet, den Herausforderungen im Zusammenhang mit den Lücken bei der formellen und tatsächlichen Absicherung im Rahmen des Sozialschutzes zu begegnen?

4.1.1 für atypische Beschäftigungsformen

4.1.1.1 Die Rechte und Pflichten betreffend den Sozialschutz, die bislang noch nicht formell berücksichtigt sind, sollten (bitte wählen Sie eine Antwort aus der nachstehenden Liste)

- obligatorisch sein (für jede Art von Beschäftigung, unabhängig von der Vertragsart)
- freiwillig sein (für jede Art von Beschäftigung, bei der Lücken bestehen, unabhängig von der Vertragsart)
- teilweise obligatorisch und teilweise freiwillig sein (für jede Art von Beschäftigung, bei der Lücken bestehen, unabhängig von der Vertragsart)
- weiterhin so geregelt sein wie bisher (keine Maßnahme erforderlich)

Sofern Ihre Antwort teilweise obligatorisch ist, bitte angeben:

4.1.1.2 Welches Schutzniveau sollte im Hinblick auf Ansprüche bestehen, die bislang nicht formell oder nicht tatsächlich erfasst sind? (bitte wählen Sie eine Antwort aus der nachstehenden Liste)

- Obligatorischer Schutz und Pflichtbeiträge auf dem gleichen Niveau wie bei normal Beschäftigten
- Für alle Erwerbstätigen sollte ein Mindestniveau an obligatorischem Schutz und Pflichtbeiträgen festgelegt werden
- Es sollten gestaffelte Niveaus festgelegt werden
- Beibehaltung der bisherigen Regelungen (keine Maßnahme erforderlich)

Bei Antwortmöglichkeit 3, bitte angeben:

4.1.1.3. Was ist das am besten geeignete Mittel zur Gewährleistung einer tatsächlichen Absicherung? (Mehrere Antworten möglich)

- Ein einziges Sozialschutzsystem, mit dem alle Erwerbstätigen abgedeckt werden.
- Es könnten spezielle obligatorische Sozialschutzsysteme nebeneinander bestehen und ihre Anspruchskriterien, Beitragsregelungen und Leistungsberechnung könnten an die besonderen Merkmale jeder Gruppe angepasst werden.
- Es könnten befristete und abnehmende Anreize geschaffen werden, damit Einkommensschwache in atypischen Beschäftigungsformen sich voll und/oder tatsächlich an obligatorischen Sozialschutzsystemen beteiligen können.
- Der Zugang zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit bzw. Leistungen der Arbeitsverwaltung sollte für alle Erwerbstätigen an Aktivierungsmaßnahmen geknüpft sein, unabhängig von ihrem Arbeitsvertrag.
- Automatische Einbeziehung mit Möglichkeit des Austritts.
- Einführung freiwilliger Systeme in Kombination mit besserer Information und geringerem Verwaltungsaufwand.

- Bedarfsgerechtere und besser auf die Merkmale der jeweiligen Gruppe abgestimmte Anpassung der Anspruchskriterien, Beitragsregelungen und Leistungsberechnung von freiwilligen Systemen.
- Es könnten befristete und abnehmende Anreize geschaffen werden, damit Einkommensschwache in atypischen Beschäftigungsformen sich voll und/oder tatsächlich an freiwilligen Sozialschutzsystemen beteiligen können.
- Sonstiges.

Falls Ihre Antwort 'Sonstige' ist, bitte angeben:

höchstens 200 Zeichen

4.1.1.4 Ist Ihrer Meinung nach ein Handeln auf EU-Ebene erforderlich, um für Erwerbstätige in atypischen Beschäftigungsformen dort den Zugang zum Sozialschutz und zu damit in Zusammenhang stehenden Leistungen der Arbeitsverwaltung sicherzustellen, wo Lücken bestehen?

- Ja
- Nein
- Ich weiß nicht

Falls Ihre Antwort ‚Ja‘ ist, welche Elemente aus den Punkten 4.1.1.1, 4.1.1.2 und 4.1.1.3 sollten auf EU-Ebene behandelt werden?

höchstens 500 Zeichen

Auf EU-Ebene sollte –wie in der Antwort zu Ziff. 4.1.1.2. vermerkt- ein obligatorischer Sozialschutz auf einem Mindestniveau festgelegt werden, welcher sich an den für die Sozialversicherung maßgebenden Beitragsbemessungsgrenzen der Mitgliedstaaten orientiert, so dass ein darüberhinausgehender Regelungs- u. Gestaltungsrahmen für die Mitgliedstaaten hinsichtlich der über den obligatorischen Mindestschutz hinausgehenden sozialen Sicherungssystemen besteht.

Welche Art von politischen Instrumenten der EU wäre Ihrer Meinung nach am wirksamsten?

	Sehr wirksam	Bedingt wirksam	Wenig wirksam	Nicht wirksam	Ich weiß nicht
Verbesserte Umsetzung des auf EU-Ebene bestehenden rechtlichen Rahmens	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung neuer EU-Rechtsvorschriften (z.B. Richtlinie)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung von nicht zwingendem EU-Recht, dessen Einhaltung durch die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis erfolgt (z.B.: Empfehlung des Rates)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verstärkte Koordinierung und Überwachung auf EU-Ebene (z.B. Europäisches Semester, offene Methode der Koordinierung im Bereich des Sozialschutzes, beschäftigungspolitische Leitlinien, Referenzwerte)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Austausch bewährter Verfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine Kombination aus zwei oder mehreren der genannten Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte angeben

höchstens 200 Zeichen

Geht man davon aus, dass –wie in der vorliegenden Stellungnahme vertreten- ein EU-weiter Sozialschutz auf Basis eines Mindestniveaus geschaffen werden sollte (vgl. Erl. zu Ziff 4.1.1.4.), so versteht es sich von selbst, dass dieser Mindestschutz dann auch zwingend durch entsprechende EU-Vorschriften herbeigeführt werden sollte und nicht lediglich freiwillig sein kann. Dies bedeutet keinen einheitlichen Sozialschutz innerhalb der EU, da –wie in der Stellungnahme zu 4.1.1.4. vermerkt- sich der soziale Mindestschutz in seiner Höhe nach dem jeweiligen wirtschaftlichen bzw. sozialen Niveau der Mitgliedsstaaten richtet.

4.1 Welche Lösungsansätze sind Ihrer Meinung nach am besten dafür geeignet, den Herausforderungen im Zusammenhang mit den Lücken bei der formellen und tatsächlichen Absicherung im Rahmen des Sozialschutzes zu begegnen?

4.1.2 für Selbständige, die noch nicht abgesichert sind

4.1.2.1 Die Rechte und Pflichten betreffend den Sozialschutz sollten (bitte wählen Sie eine Antwort aus der nachstehenden Liste)

- für alle Selbständigen obligatorisch sein
- für noch nicht abgesicherte Selbständige freiwillig sein
- teilweise obligatorisch und teilweise freiwillig sein
- weiterhin so geregelt sein wie bisher (keine Maßnahme erforderlich)

Bei Antwortmöglichkeit 3, bitte angeben:

4.1.2.2 Welches Schutzniveau sollte bestehen? (bitte wählen Sie eine Antwort aus der nachstehenden Liste)

- Obligatorischer Schutz und Pflichtbeiträge auf dem gleichen Niveau wie bei normal Beschäftigten
- Für alle Erwerbstätigen sollte ein Mindestniveau an obligatorischem Schutz und Pflichtbeiträgen festgelegt werden
- Für Selbständige wird ein gestaffeltes Niveau entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen festgelegt
- Beibehaltung der bisherigen Regelungen (keine Maßnahme erforderlich)

4.1.2.3 Was ist das am besten geeignete Mittel zur Gewährleistung einer tatsächlichen Absicherung? (Mehrere Antworten möglich)

- Es könnte ein einziges Sozialschutzsystem angestrebt werden, mit dem alle Erwerbstätigen abgedeckt werden.
- Es könnten spezielle obligatorische Sozialschutzsysteme nebeneinander bestehen und ihre Anspruchskriterien, Beitragsregelungen und Leistungsberechnung könnten an die jeweiligen besonderen Merkmale angepasst werden.
- Selbständige sollten selbst entscheiden können, ob sie in eine gesetzliche oder private Versicherung einzahlen, solange sie einer Versicherung angehören, über die sie im Bedarfsfall abgesichert sind.
- Es könnten befristete und abnehmende Anreize geschaffen werden, damit einkommensschwache Selbständige sich voll und/oder tatsächlich an obligatorischen Sozialschutzsystemen beteiligen können.
- Der Zugang zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit bzw. Leistungen der Arbeitsverwaltung sollte an Aktivierungsmaßnahmen geknüpft werden.
- Automatische Einbeziehung mit Möglichkeit des Austritts.
- Einführung freiwilliger Systeme in Kombination mit besserer Information und geringerem Verwaltungsaufwand.
- Bedarfsgerechtere und besser auf die Merkmale der jeweiligen Gruppe abgestimmte Anpassung der Anspruchskriterien, Beitragsregelungen und Leistungsberechnung von freiwilligen Systemen.
- Es könnten befristete und abnehmende Anreize geschaffen werden, damit einkommensschwache Selbständige sich voll und/oder tatsächlich an freiwilligen Sozialschutzsystemen beteiligen können.
- Sonstiges.

Bitte angeben:

höchstens 200 Zeichen

4.1.2.4 Ist Ihrer Meinung nach ein Handeln auf EU-Ebene erforderlich, um den Zugang Selbständiger zum Sozialschutz in Bereichen sicherzustellen, in denen Lücken bestehen?

- Ja
- Nein

Ich weiß nicht

Falls Ihre Antwort ‚Ja‘ ist, welche Elemente aus den Punkten 4.1.1.1, 4.1.1.2 und 4.1.1.3 sollten auf EU-Ebene behandelt werden?

höchstens 500 Zeichen

Welche Art von politischen Instrumenten der EU wäre Ihrer Meinung nach am wirksamsten?

	Sehr wirksam	Bedingt wirksam	Wenig wirksam	Nicht wirksam	Ich weiß nicht
Verbesserte Umsetzung des auf EU-Ebene bestehenden rechtlichen Rahmens	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung neuer EU-Rechtsvorschriften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung von nicht zwingendem EU-Recht, dessen Einhaltung durch die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis erfolgt (z.B.: Empfehlung des Rates)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verstärkte Koordinierung und Überwachung auf EU-Ebene (z.B. Europäisches Semester, offene Methode der Koordinierung im Bereich des Sozialschutzes, beschäftigungspolitische Leitlinien, Referenzwerte)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Austausch bewährter Verfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine Kombination aus zwei oder mehreren der genannten Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte angeben:

höchstens 200 Zeichen

4.2 Durch die Übertragbarkeit und Transparenz der Sozialschutzrechte könnten Arbeitsmarktübergänge besser abgesichert werden. Welche Lösungsansätze sind Ihrer Meinung nach am besten dafür geeignet, diese Lücken zu schließen?

	Sehr gut geeignet	Bedingt geeignet	Wenig geeignet	Nicht geeignet	Ich weiß nicht
Festlegung von Mindestanforderungen für den rechtzeitigen Erwerb, die Erhaltung und Übertragbarkeit von Ansprüchen auf Sozialschutz und Leistungen der Arbeitsverwaltung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Einrichtung persönlicher Konten für Ansprüche auf Sozialschutz und/oder Leistungen der Arbeitsverwaltung (damit bei Beschäftigungswechseln keine Leistungsansprüche verloren gehen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vereinfachung von Verwaltungsverfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4.2.1 Wenn Sie mit „Sehr gut geeignet“ oder „Bedingt geeignet“ geantwortet haben, ist Ihrer Meinung nach ein Handeln auf EU-Eben erforderlich?

	Ja	Nein	Ich weiß nicht
Festlegung von Mindestanforderungen für den rechtzeitigen Erwerb, die Erhaltung und Übertragbarkeit von Ansprüchen auf Sozialschutz und Leistungen der Arbeitsverwaltung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einrichtung persönlicher Konten für Ansprüche auf Sozialschutz und/oder Leistungen der Arbeitsverwaltung (damit bei Beschäftigungswechseln keine Leistungsansprüche verloren gehen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vereinfachung von Verwaltungsverfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn ja, welche Art von politischen Instrumenten der EU wäre Ihrer Meinung nach am wirksamsten?

	Sehr wirksam	Bedingt wirksam	Wenig wirksam	Nicht wirksam	Ich weiß nicht

Einführung neuer EU-Rechtsvorschriften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung von nicht zwingendem EU-Recht, dessen Einhaltung durch die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis erfolgt (z.B.: Empfehlung des Rates)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verstärkte Koordinierung und Überwachung auf EU-Ebene (z.B. Europäisches Semester, offene Methode der Koordinierung im Bereich des Sozialschutzes, beschäftigungspolitische Leitlinien, Referenzwerte)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Austausch bewährter Verfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine Kombination aus zwei oder mehreren der genannten Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte angeben:

höchstens 200 Zeichen

4.3 Im Hintergrundpapier werden für manche Gruppen Lücken beim Zugang zu Leistungen der Arbeitsverwaltung festgestellt. Welche Lösungsansätze sind Ihrer Meinung nach am besten dafür geeignet, den Herausforderungen und Lücken beim Zugang zu Leistungen der Arbeitsverwaltung zu begegnen?

	Sehr gut geeignet	Bedingt geeignet	Wenig geeignet	Nicht geeignet	Ich weiß nicht
--	-------------------	------------------	----------------	----------------	----------------

Leistungen der Arbeitsverwaltung sollten für alle Arbeitnehmer unabhängig von der Vertragsart und für Selbständige zugänglich sein.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einige Sozialschutzleistungen sollten an die Teilnahme an speziellen beschäftigungsbezogenen Programmen gebunden sein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4.3.1 Wenn Sie mit „Sehr gut geeignet“ oder „Bedingt geeignet“ geantwortet haben, ist Ihrer Meinung nach ein Handeln auf EU-Ebene erforderlich, um dafür zu sorgen, dass die Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit Leistungen der Arbeitsverwaltung dort, wo Lücken bestehen, freiwillig sind?

- Ja
- Nein
- Ich weiß nicht

Wenn ja, welche Art von politischen Instrumenten der EU wäre Ihrer Meinung nach am wirksamsten?

	Sehr wirksam	Bedingt wirksam	Wenig wirksam	Nicht wirksam	Ich weiß nicht
Verbesserte Umsetzung des auf EU-Ebene bestehenden rechtlichen Rahmens	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung neuer EU-Rechtsvorschriften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Einführung von nicht zwingendem EU-Recht, dessen Einhaltung durch die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis erfolgt (z.B.: Empfehlung des Rates)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verstärkte Koordinierung und Überwachung auf EU-Ebene (z.B. Europäisches Semester, offene Methode der Koordinierung im Bereich des Sozialschutzes, beschäftigungspolitische Leitlinien, Referenzwerte)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Austausch bewährter Verfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine Kombination aus zwei oder mehreren der genannten Punkte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte angeben:

höchstens 200 Zeichen

5. Wären die Auswirkungen, die sich aus der Einführung obligatorischer Sozialschutzrechte für alle Beschäftigungsformen ergeben, Ihrer Einschätzung nach positiv, neutral oder negativ für

	positiv	neutral	negativ
--	---------	---------	---------

die europäische Gesellschaft: Kohäsion in der Gesellschaft	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die europäische Gesellschaft: Generationengerechtigkeit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Arbeitsmarkt: Arbeitsmarktübergänge	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Arbeitsmarkt: Transparenz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Wirtschaft: Wettbewerbsfähigkeit	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Wirtschaft: Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Wirtschaft: Wirtschaftswachstum	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Investitionen in Menschen und ihre Fähigkeiten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Sozialschutz und die öffentlichen Finanzen: finanzielle Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Sozialschutz und die öffentlichen Finanzen: Angemessenheit der Sozialschutzleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Sozialschutz und die öffentlichen Finanzen: öffentlicher Haushalt	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kleine und mittlere Unternehmen: Kosten	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kleine und mittlere Unternehmen: Wettbewerb	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5.1 Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigste positive und die wichtigste negative Auswirkung, die sich aus der Einführung obligatorischer Sozialschutzrechte für alle Beschäftigungsformen ergeben?

höchstens 400 Zeichen

Die wichtigste positive Auswirkung, welche aus der Einführung obligatorischer Sozialschutzrechte folgen würde, wäre die EU-weite Schaffung eines sozialen Mindeststandards, so dass damit dem Wechsel in atypische Beschäftigungsformen zum Zwecke der (Sozial-)Kosteneinsparung entgegengewirkt würde. Der Nachteil bzw. das hieraus folgende Risiko könnte darin liegen, dass hierdurch eine Verlagerung von Beschäftigung in das außereuropäische Ausland ggf. befördert wird, um die durch den obligatorischen Sozialschutz anfallenden Kosten zu vermeiden.

6. Wären die Auswirkungen, die sich aus der Einführung freiwilliger Sozialschutzrechte in Bereichen ergeben, in denen derzeit Lücken bestehen, Ihrer Einschätzung nach positiv, neutral oder negativ für

	positiv	neutral	negativ
die europäische Gesellschaft: Kohäsion in der Gesellschaft	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die europäische Gesellschaft: Generationengerechtigkeit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Arbeitsmarkt: Arbeitsmarktübergänge	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Arbeitsmarkt: Transparenz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Wirtschaft: Wettbewerbsfähigkeit	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Wirtschaft: Anpassungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Wirtschaft: Wirtschaftswachstum	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Investitionen in Menschen und ihre Fähigkeiten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

den Sozialschutz und die öffentlichen Finanzen: finanzielle Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Sozialschutz und die öffentlichen Finanzen: Angemessenheit der Sozialschutzleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
den Sozialschutz und die öffentlichen Finanzen: öffentlicher Haushalt	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kleine und mittlere Unternehmen: Kosten	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kleine und mittlere Unternehmen: Wettbewerb	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6.1 Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigste positive und die wichtigste negative Auswirkung, die sich aus der Einführung freiwilliger Sozialschutzrechte in Bereichen, in denen derzeit Lücken bestehen, ergeben?

höchstens 400 Zeichen

Die wichtigste positive Wirkung aus der Einführung freiwilliger Sozialschutzrechte wäre das hiermit verbundene Signal für die Mitgliedsstaaten. Die negative Auswirkung der Einführung lediglich freiwilliger Sozialschutzrechte bestünde darin, dass einzelne Mitgliedsstaaten den Sozialschutz nicht einführen, um damit vermeintliche Kosten- u. Wettbewerbsvorteile für Unternehmen gegenüber denjenigen Mitgliedsstaaten reklamieren, in denen der Sozialschutz eingeführt wurde.

7. Für weitere Anmerkungen und/oder Vorschläge können Sie das nachstehende offene Antwortfeld nutzen.

höchstens 1500 Zeichen

./.